

**Niederschrift über die 3. Sitzung des Fachausschusses „Soziales, Arbeit, Gesundheit, Inklusion und soziale Fördergebiete“ des Beirates Obervieland am Dienstag, den 07.05.2024, von 18.00 Uhr bis 19.20 Uhr im Bürgerhaus Obervieland, Alfred-Faust-Str. 4, 28279 Bremen**

**Anwesende**

**FA-Mitglieder:** Andreas Breitzke, Winfried Brumma, Derya Keyßler, Gabriele Klaassen, Hans-Jürgen Munier, Ewald Stehmeier (i.V.), Roman Fabian (nicht stimmberechtigt), Frank Seidel (nicht stimmberechtigt)

**Fehlend:** Matthias Kurzawski (e), Klaus Sager (e)

**Gäste:** Herr Zieger (Leitung Stadtteilhaus Kattenturm/Bremer Heimstiftung)

**Sitzungsleitung und Protokoll:** Michael Radolla (Ortsamt Obervieland)

**TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt. (Einstimmige Zustimmung, 6 Ja-Stimmen)

**TOP 2: Stadtteilhaus Kattenturm: Vorstellung der Einrichtung**

**dazu: Leitung des Stadtteilhauses Kattenturm**

**Herr Zieger** stellt sich als neue Leitung (seit 01.02.2024) des Stadtteilhauses Kattenturm vor. Er ist dort zuständig für die Tagespflege, die angeschlossene Pflege-WG in der Theodor-Billroth-Straße sowie das Wohnen mit Service in den Gebäuden Theodor-Billroth-Straße 46 und 48.

In der Tagespflege werde Programm mit gemeinsamen Mahlzeiten, Gesellschaft, Ruheraum und Therapieraum angeboten.

Das Wohnen mit Service umfasse derzeit 60 Mietverhältnisse. Dabei gebe es mittlerweile eine große Bandbreite an unterschiedlichen Gruppen (auch Sozialhilfeempfänger und Personen mit Migrationshintergrund (hierbei auch vereinzelt Geflüchtete)). Hieran angeschlossen sei ein Nachbarschaftstreff mit Angeboten wie BINGO-Nachmittagen, Gedächtnistraining oder auch einer Gesprächsrunde mit dem Titel „Bewegte Gedanken“. Der Nachbarschaftstreff entwickle sich gut und werde gern angenommen. Durchgeführt würden die Angebote vollständig von Freiwilligen.

**Herr Munier** fragt, was unter dem Angebot „Bewegte Gedanken“ zu verstehen sei und ob es derzeit im Quartier ausreichend Plätze in der Tagespflege gebe.

**Herr Zieger** erklärt, in der Gesprächsrunde „Bewegte Gedanken“ (regelmäßig ca. 8-10 Teilnehmer:innen) werde sich über Erlebtes (mitunter auch länger Zurückliegendes) ausgetauscht. Im Hinblick auf die Plätze in der Tagespflege sei derzeit ein leichter Überhang im Quartier erkennbar. Im Stadtteilhaus Kattenturm blieben derzeit etwa 2 Plätze pro Angebotstag unbesetzt. Dies habe insbesondere damit zu tun, dass das Angebot hier im Stadtteil relativ verdichtet sei. Erst kürzlich habe beispielsweise eine neue Tagespflege im Ortsteil Habenhausen eröffnet, die vorher als Kontakt der Bremer Heimstiftung Personen an deren Stadtteilhäuser vermittelt habe. Dies wirke sich nun unmittelbar auf das eigene Angebot aus.

**Herr Brumma** möchte wissen, ob im Stadtteilhaus Kattenturm auch Kurzzeitpflege angeboten werde, ob es einen Austausch mit der Aufsuchenden Altenarbeit gebe und ob die Einrichtung über einen Hitzeaktionsplan verfüge.

**Herr Zieger** führt aus, dass die Nachfrage nach Kurzzeitpflegeplätzen derzeit stadtweit sehr groß sei, das Stadtteilhaus Kattenturm selber aber keine Plätze anbiete und auch in der Vergangenheit keine angeboten habe. Im Stadtteilhaus Kattenesch dagegen habe es in der Vergangenheit Plätze gegeben, die nun aber zum 01.01.2024 in Langzeitpflegeplätze umgewandelt worden seien. Ein gewichtiger Grund für das geringe Angebot sei die schwierige Refinanzierbarkeit in diesem Bereich.

Da man sich die Räumlichkeiten mit dem Team der Aufsuchenden Altenarbeit teile, gebe es hier ohnehin einen ständigen und regen Austausch. Im Hinblick auf Hitze gebe es in der Bremer Heimstiftung ein Konzept, welches

unter anderem spezifische Information der Gäste, an heißen Tagen aber auch deren aktive Begleitung z.B. in Bezug auf ausreichendes Trinken vorsehe.

**Frau Grönert** (MdBB-Abgeordnete aus dem Stadtteil) fragt, ob „Wohnen mit Service“ auch für Sozialhilfeempfänger in Frage komme. Nach ihrem Kenntnisstand sei dies praktisch nur möglich, wenn gleichzeitig auch ein Pflegegrad bei diesem Personenkreis bestehe.

**Herr Zieger** bestätigt diese Einschätzung. Es gebe aktuell zudem auch lediglich eine Wohneinheit, die mit einer Gesamtgröße von 45 m<sup>2</sup> für eine Kostenübernahme durch das Sozialamt in Frage komme. Um den Zusatz „Service“ dazu buchen zu können, sei dann in der Regel ein Pflegegrad erforderlich.

**Herr Brumma** möchte wissen, inwieweit die Höhe der Investitionskosten im Pflegebereich mittlerweile belastend für Selbstzahler wirken.

**Herr Zieger** erklärt, dass tatsächlich eine zunehmende Belastung der Selbstzahler zu beobachten sei. Dies führe seiner Ansicht nach dazu, dass künftig vermehrt die Sozialhilfe zur Deckelung dieser Kosten in Anspruch genommen werden müsse. Er verteidigt die vergleichsweise hohen Pauschalkosten der Bremer Heimstiftung damit, dass diese insbesondere in der Ausbildung examinierter Kräfte große Anstrengungen unternehme.

**Herr Munier** fragt, wie die Entwicklung zum Themenschwerpunkt Demenz beurteilt werde.

**Herr Zieger** führt aus, dass mittlerweile auch zunehmend bei Personen in jüngeren Jahren deutlich Vorstufen der Demenz erkennbar seien. Diese Entwicklung sei mit entsprechenden Herausforderungen verbunden. Bei der Bremer Heimstiftung liege daher ein Schwerpunkt der Fortbildungen auf dem Thema Demenz.

**Herr Brumma** möchte wissen, ob die Pflege-WG (10 Plätze) derzeit voll ausgelastet sei.

Dies wird seitens **Herrn Zieger** bestätigt.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für die Ausführungen, nehmen diese zur Kenntnis und heißen Herrn Zieger in der Netzwerkarbeit Obervieland willkommen.

### **TOP 3: Landespflegebericht 2023: Sichtung der für den Stadtteil Obervieland relevanten Einträge**

Der Landespflegebericht ist im Auftrag der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration durch das SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik in Zusammenarbeit mit der Landesvereinigung Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen Bremen e.V. erstellt worden.

**Herr Brumma** erklärt, dass es über diesen Bericht nun erstmals gelungen sei, klare Zuständigkeiten für die Bereiche stationäre und ambulante Pflege (Gesundheit) und Pflegeunterstützende Angebote und offene Altenhilfe (Soziales) herzustellen.

Er stellt anhand des Landespflegeberichts 2023 einige der aus seiner Sicht besonders relevanten Kennzahlen Obervielands im Vergleich zu den vergleichbaren Zahlen der Gesamtstadt heraus.

So falle zunächst auf, dass die Bevölkerungsprognose sowohl für die Gesamtstadt als auch den Stadtteil Obervieland mit Blick auf 2030 leicht rückläufig sei. Während aber auch der Anteil der über 65-jährigen und der über 80-jährigen in der Stadt Bremen zurückgehe, steige er in der Prognose für Obervieland dagegen an.

Beim Versorgungsgrad der Pflegeheime nehme Obervieland im städtischen Vergleich einen mittleren Platz ein. Problematisch seien im Zusammenhang mit stationären Pflegeeinrichtungen derzeit die zunehmenden Insolvenzen einzelner Träger. Falls eine Einrichtung auf diesem Wege aus, sei es häufig sehr schwierig, Ersatzplätze für die Bewohner:innen zu finden.

**Herr Fabian** fragt, ob er ein zurückgehender Anteil an über 80-jährigen Rückschlüsse auf die soziale Situation in einzelnen Stadtteilen zulasse.

**Herr Brumma** verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass die Auswertung auf Stadtteilebene erfolgt sei. Für konkrete Rückschlüsse auf die soziale Situation wäre jedoch eine Auswertung auf Ortsteilebene notwendig.

**Herr Seidel** stellt fest, dass in Fällen der Kostenübernahme durch das Sozialamt aufgrund zum Teil sehr langer Bearbeitungszeiten seiner Kenntnis nach Vorfinanzierungen durch die jeweiligen Träger die Regel seien. Dies könne sich schnell zu hohen Beträgen summieren und Träger an dieser Stelle unverschuldet in finanzielle Bedrängnis geraten.

**Herr Zieger** erklärt, er habe keine konkreten Einblicke in die geschäftlichen Zahlen seines Unternehmens und könne diese Annahme daher an dieser Stelle nicht bestätigen oder zurückweisen. Deutlich werde die beschriebene Praxis aber beispielhaft durchaus auch in Bereichen wie der Übernahme von Umzugskosten oder ähnlichen Beteiligungen. Auch hier würden sich Beträge teilweise über einen längeren Zeitraum aufsummieren.

**Herr Fabian** möchte wissen, wie hoch in der Pflege die Fachkräftequote bzw. der sogenannte „Quali-Mix“ (Verhältnis von Fachkräften zu ungelerntem Personal) in der Betreuung sei.

**Herr Zieger** führt aus, dass die Fachkräftequote von den Faktoren Einrichtungsgröße und Bewohner:innenanzahl abhängig sei. Wie genau diese allerdings im stationären Bereich ermittelt werde, sei ihm aufgrund fehlender Berührungspunkte mit diesem Bereich derzeit nicht bekannt. Für die eigene Pflege-WG in Kattenturm (Zuordnung ambulanter Bereich) gebe es aktuell zwei Fachkräfte und 10-11 weitere Pflegehelfer:innen, wovon wiederum zwei eine einjährige Ausbildung absolviert hätten. Die übrigen Kräfte seien ungelernt.

**Frau Grönert** ergänzt, die Fachkräftequote im stationären Bereich betrage, unabhängig von der Größe einer Einrichtung, stets 50 % (im Verhältnis Fachkräfte zu nicht qualifiziertem Personal). Die Anforderungen aus dieser Vorgabe seien für die Einrichtungen sehr komplex. Aus ihrer Sicht gebe es durchaus gesetzgeberisches Potenzial, um die Situation insgesamt zu vereinfachen, allerdings sei in diesem Bereich aktuell nicht der Wille zur Veränderung erkennbar.

**Herr Brumma** führt weiter aus, ein großes Problem sei auch die rund 30%tige Abbrecher:innenquote im Ausbildungsbereich. Ein Abbruch der Ausbildung habe zur Folge, dass kein Zeugnis ausgestellt werde und somit kein Einsatz im Pflegebereich möglich sei. Häufig seien aber in diesen Fällen bereits Zwischenprüfungen erfolgreich abgelegt worden. Hier sollte geprüft werden, ob darüber nicht der Einsatz als Pflegehilfskraft ermöglicht werden könnte.

Auch Sprachunterstützung für Migrant:innen im Zuge der Ausbildung sei aufgrund der Vielzahl medizinischer Fachbegriffe ein wichtiges und nicht zu unterschätzendes Thema.

Und nicht zuletzt sollten auch die Finanzströme der Einrichtungen konsequenter überwacht werden. Grundsätzlich würden in allen Einrichtungen seitens der Bewohner:innen Investitionskosten gezahlt, hin und wieder aber abgeschöpft, ohne davon auch tatsächliche Investitionen zu finanzieren, was dann in Einzelfällen eine Insolvenz im negativen Sinne begünstigen könne.

Im Bereich der ambulanten Pflege sei Obervieland im Gegensatz zum stationären Bereich im stadtweiten Vergleich nur im unteren Bereich angesiedelt. Da dieser Bereich, auch im Hinblick auf die Kostenexplosion im stationären Bereich, in Zukunft deutlich stärker nachgefragt und der Altenanteil in Obervieland bis 2030 wie dargestellt ansteigen werde, müsse das Augenmerk deutlich auf eine Ausweitung dieses Bereiches im Stadtteil gerichtet sein.

**Herr Fabian** ergänzt, dass hinsichtlich der Ausweitung auch eine auskömmliche Finanzierung (z.B. im Hinblick auf die Übernahme von Fahrtkosten) dabei im Fokus stehen sollte.

**Herr Brumma** hält in diesem Zusammenhang auch eine Reformierung der bestehenden Ausgestaltung der Pflegeversicherung für zwingend notwendig. Das sei ein auch aus politischer Sicht durchaus großes Vorhaben und sicher nicht morgen umgesetzt, was aus seiner Sicht aber nichts daran ändere, dass dieser Weg beschritten werden müsse.

Im Anschluss verweist er auf die momentan ebenfalls unterdurchschnittliche Versorgung in den Bereichen der Hausärzte und Neurologen in Obervieland. Auch hier sei der Stadtteil im stadtweiten Vergleich unterrepräsentiert.

**Herr Stehmeier** weist in diesem Zusammenhang auf zunehmende Errichtung sogenannter Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) hin. Dort würden Praxisräume durch einen Träger gestellt und Fachärzte verschiedener Richtungen unter einem gemeinsamen Dach angestellt. Dies im Gegensatz zu Kassensitzen mit eigener Praxis und eigener ökonomischer Verantwortung. Er sehe dies aufgrund dann wechselnder Ansprechpartner:innen im medizinischen Bereich als Verschlechterung gegenüber der jetzigen Situation mit größtenteils fester Hausarztzuordnung und entsprechendem Vertrauen in diese Versorgung.

**Herr Fabian** weist ergänzend darauf hin, die Versorgung sei in einigen Stadtteilen mittlerweile so schlecht, dass im Ernstfall der kassenärztliche Notdienst kontaktiert werde. Doch auch darüber lasse sich nicht mehr in allen Fällen eine Versorgung sicherstellen. Diese Situation sei unter anderem auch ein Argument für den Bestand eines Krankenhauses mit akuter Notfallversorgung wie beim Klinikum Links der Weser vorhanden. Zudem müsse man sich mit Blick auf die Gesundheitsversorgung anderer Nationen fragen, ob ein unabhängiges Fachärztesystem außerhalb von Krankenhäusern heutzutage noch zeitgemäß und leistbar sei.

**Herr Brumma** nimmt nochmals Bezug auf den bereits angesprochenen Mangel an Hausärzten. Hier sei geplant, die Budgetdeckelung für diese Gruppe aufzuheben und diesen Bereich damit attraktiver zu gestalten. Bislang könne eine Praxis pro Quartal lediglich ein festgelegtes Budget verbrauchen, für alle darüber hinausgehenden Leistungen müsse der jeweilige Arzt/die jeweilige Ärztin dann Abschläge hinnehmen. Zudem müsse überlegt werden, ob

examierten Kräfte zur Entlastung der Ärzte weitere ärztliche Tätigkeiten übertragen werden könnten. Dies sei in vielen Ländern bereits gängige und bewährte Praxis.

Ein weiterer großer Komplex, und der Pflege praktisch vorgeschaltet, sei aber die Prävention und Gesundheitsförderung. Je länger der Mensch gesund bleibe, desto weniger sei er auf Pflegeangebote angewiesen. Daher müsse geschaut werden, dass es entsprechende Angebote, in erster Linie über die ansässigen Sportvereine, im Stadtteil gebe. In diesem Zusammenhang könnten auch die Krankenkassen mit ins Boot geholt werden, die Gelder für Präventionsangebote im Gesundheitsbereich zur Verfügung stellen.

Und auch die Pflegeberatung müsse weiter ausgebaut werden. Viele wüssten im Ernstfall nicht, an wen sie sich hinsichtlich entsprechender Informationen bei Bedarf wenden sollten.

**Herr Fabian** bittet noch einmal darum, möglichst die statistischen Zahlen und medizinischen Leistungen zur weiteren Verdeutlichung noch auf Ortsteilebene herunter zu brechen.

Der Ausschuss kommt abschließend überein, auf Basis der heutigen Diskussionsergebnisse die möglichen Defizite im Stadtteil über die Befassung von Einzelthemen dann entsprechend konkreter angehen zu wollen.

#### **TOP 4: Globalmittelanträge**

**a) Bürgerhaus Obervieland, Projekt „Die Stadtteilkümmere:innen, Antragssumme: 2.942,80 €**

**Beschluss:** Der Fachausschuss Soziales, Arbeit, Gesundheit, Inklusion und soziale Fördergebiete empfiehlt dem Beirat, für diesen Antrag die volle Antragssumme in Höhe von 2.942,80 € aus den Globalmitteln des Haushaltsjahres 2024 zu gewähren. (Einstimmige Zustimmung, 6 Ja-Stimmen)

**b) Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Arsten, Zuschuss Kameradschaftsfahrt, Antragssumme: 500,00 €**

**Beschluss:** Der Fachausschuss Soziales, Arbeit, Gesundheit, Inklusion und soziale Fördergebiete empfiehlt dem Beirat, für diesen Antrag die volle Antragssumme in Höhe von 500,00 € aus den Globalmitteln des Haushaltsjahres 2024 zu gewähren. (Einstimmige Zustimmung, 6 Ja-Stimmen)

**c) Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Arsten, Anschaffung eines Defibrillators, Antragssumme: 2.400,00 €**

**Beschluss:** Der Fachausschuss Soziales, Arbeit, Gesundheit, Inklusion und soziale Fördergebiete empfiehlt dem Beirat, für diesen Antrag die volle Antragssumme in Höhe von 2.400,00 € aus den Globalmitteln des Haushaltsjahres 2024 zu gewähren. (Einstimmige Zustimmung, 6 Ja-Stimmen)

#### **TOP 4: Verschiedenes**

gez. Radolla  
Sitzungsleitung und Protokoll

gez. Klaassen  
Ausschussprecherin